

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

Kiel, den 12. September 1946

E i n l a d u n g

zu einer Sitzung der Stadtvertretung, Donnerstag den 19. Sept.
1946 - 16 Uhr im Rathaus, Ratssaal.

T a g e s o r d n u n g

1. Betrifft: Nachträgliche Zustimmung zu einer Verpflichtungserklärung gemäß §54 Abs. I DGO - Drs. 23.
Berichterstatter: Oberbürgermeister K o c h .
2. Betrifft: Bericht über das Genehmigungsverfahren und Schwierigkeiten bei Straßeninstandsetzungs- und Unterhaltungsarbeiten. Drs. 24.
Berichterstatter: Bürgermeister G a y k .
3. Betrifft: Fortführung des Vorschußkontos II K. Drs 25
Berichterstatter: Stadtrat B r e i t e n s t e i n .
4. Betrifft: Fernsprechanlage im Rathaus. Drs. 26
Berichterstatter: Oberstadtdirektor.
5. Betrifft: Organisationsprüfung der Stadtverwaltung. Drs. 27
Berichterstatter: Oberstadtdirektor.
6. Betrifft: Finanzierung der laufenden Verbindlichkeiten und der in dem Finanzplan aufzunehmenden Bauvorhaben der Stadtwerke. Drs. 28
Berichterstatter: Stadtrat R a t z .
7. Betrifft: Jahresabschluß 1944/45 Drs. 29
Berichterstatter: Stadtrat R a t z .
8. Betrifft: Übereignung des Orts- Gasrohrnetzes in Plön an die Stadt Plön Drs. 30
Berichterstatter: Stadtrat R a t z .
9. Betrifft: Vermietung des Hauses I des Hilfskrankenhauses Nord. Drs. 31
Berichterstatter: Stadtrat Dr. D e u s s e n .
10. Betrifft: Einrichtung einer TBC-Heilstätte in dem bisherigen Hilfskrankenhaus Schönhagen. Drs. 32
Berichterstatter: Stadtrat Dr. D e u s s e n .
11. Verschiedenes.

Der Oberstadtdirektor.

*für
Protokoll*

Der Oberbürgermeister

Stadtwirtschaftsamt

Kiel, den 194.....

T. E./Ga.

An

Herrn

Frau

Frl.

K i e l

Auf Grund der bereits abgegebenen Meldekarte für die beschlagnahmte Bereifung des Kraftfahrzeuges I. P. Reifenanzahl und Größe Stück bitte ich mich umgehend mitzuteilen, ob die gemachten Angaben noch zutreffen.

Genaue Angaben und Anschriften sind unbedingt erforderlich.

Bei Beantwortung meiner Anfrage wollen Sie anhängendes Formular verwenden. Später eintretende Veränderungen sind sofort zu melden.

U. U.

Hier abtrennen.

An

das Stadtwirtschaftsamt

T. E./Ga.

K i e l

Betrifft: I. P. Reifenanzahl und Größe Schläuche

Das Kraftfahrzeug bezw. die Bereifung steht

Fahrzeug verkauft an: (Genaue Anschrift)

Fahrzeug von der Wehrersatz-Inspektion beschlagnahmt am:

Fahrzeug von der Wehrmacht übernommen am:

Fahrzeug ist bewinkelt am:

Ich werde die Bereifung nach Aufforderung selbst abnehmen.

Ich bin nicht in der Lage, die Bereifung selbst zu demontieren und bitte, die Abmontierung der aufgerufenen Bereifung auf meine Rechnung und Gefahr von dort zu veranlassen.

Kiel, den 194.....

Unterschrift und genaue Anschrift

Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Anwesenheitsliste

für die Sitzung der Stadtvertretung am 19. 9. 1946 16 Uhr

Name	Unterschrift
Dr. Becker, Otto	<i>Becker</i>
Behnke, Emil	<i>Behnke</i>
Book, Fritz	<i>Book</i>
<i>Brede</i> Breitenstein, Walter	<i>Breitenstein</i>
Burmester, Rudolf	<i>Burmester</i>
Diekmann, E.	
Dose, Hinrich	
Dr. Deussen, Wolfgang	<i>Dr. Deussen</i>
Dobratz, Walter	<i>Dobratz</i>
Einfeldt, Heinrich	<i>Einfeldt</i>
Dr. Emcke, Max	
Engel, Otto	<i>Engel</i>
Ehrig, Wilhelm	
✓ Gayk, Andreas	
Giese, Reinhold	
Gottschalk, Rudolf	<i>Gottschalk</i>
Hombrecher, Wolfgang	<i>Hombrecher</i>

Name

Unterschrift

Husfeldt, Andreas

Dr. Husfeldt, Paul

Jung, Hedwig

Karge, Bernhard

Kintzinger, Ernst

✓ Koch, Willi

Kletscher, Emil

Kowalewsky, Walter

Kossack, Bruno

Krautwurst, Karl

Dr. Lindemuth, Karl

Müller, Adolf

Dr. Nielsen, Nicolai

Nickelsen, Adolf

Neubauer, Ernst

Oertel, Alfred

Prey, Ernst

Preßler, Otto

Ratz, Karl

Jung

Karge

Kletscher

Kowalewsky

Kossack

Krautwurst

Dr. Lindemuth

Müller

Nickelsen

Neubauer

Name

Unterschrift

Roestel, Ruth	Ruth Roestel
Schwein Robert	Robert Schwein
Stoffers, Ernst	Ernst Stoffers
Schatz, Gustav	Gustav Schatz
Schmidt, Max	Max Schmidt
Schröder, Hans	H. Schröder
Schwartz, Hans	Hans Schwartz
Stade, Hans	Hans Stade
Schlarbaum, Rudolf	Rudolf Schlarbaum
Schlichting, Alois	Alois Schlichting
Völker, Gertrud	Gertrud Völker
Wittmaack, Max	Max Wittmaack

Stadt Kiel
der Oberbürgermeister

Kiel, den 20. August 1946

Betrifft: Nachträgliche Zustimmung zu einer Verpflichtungserklärung gemäß § 54 Abs. I DGO.

Berichterstatter: Oberbürgermeister Koch.

Antrag: Die durch Oberbürgermeister und Bürgermeister mit Schreiben vom 16. August 1946 eingegangene Verpflichtungserklärung betr. Herstellung von Anschlüssen für Licht-, Gas- und Wasserversorgung für 3 Baracken des kirchlichen Hilfswerkes der Schweiz zu billigen.

Begründung:

Mit Schreiben vom 15. August 1946 wurde dem Oberbürgermeister durch Pastor P l a t h , Kiel, Vicelin 4, mitgeteilt, daß Vertreter des kirchlichen Hilfswerkes der Schweiz eine tägliche Bespeisung von 1000 bis 2000 Kieler vorschulpflichtigen Kindern vom 1. November 1946 an in Aussicht gestellt haben. Es ist beabsichtigt, 3 besonders für diesen Zweck eingerichtete Baracken aus der Schweiz nach Kiel zu bringen. Um die zuständigen Schweizer Stellen leichter zu einer Hilfsaktion in Kiel zu bewegen, wurde die Zusicherung erbeten, daß die Stadt Kiel bereit sei, für die Durchführung des Hilfswerkes die Baracken mit Licht-, Gas- und Wasser zu versorgen.

Die Erklärung ist in der Form abgegeben worden, daß die Hilfe der Stadt Kiel bei der Auswahl geeigneter Plätze zugesichert und die Herstellung der notwendigen Anschlüsse für Licht-, Gas- und Wasserversorgung durch die Stadt zugesagt wurde.

(Koch)

Oberbürgermeister

Hauptausschuß für Stadtplanung und Bauwesen. Kiel, den 27. August 46

Betrifft: Bericht über das Genehmigungsverfahren und Schwierigkeiten bei Straßeninstandsetzungs- und Unterhaltungsarbeiten.

Berichterstatter: Bürgermeister G a y k .

Antrag: Kenntnismahme.

Abgesehen von kleinen Flickarbeiten, die von städtischen Arbeitern durchgeführt werden und zur sogen. gewöhnlichen Unterhaltung zählen, dürfen weder Unterhaltungsarbeiten noch Instandsetzungen noch Um- oder Ausbauten an Straßen durchgeführt werden, wenn nicht eine schriftliche Genehmigung seitens der Militär-Regierung vorliegt.

Hierfür ist zuständig 312 Hq. Mil Gov. Schleswig-Holstein, Highwaya and Highway Transport Branch. Die Militär-Regierung hat angeordnet, daß die Straßenbau- und Verkehrsdirektion als Zwischeninstanz sämtliche Anordnungen an die Straßenbauämter usw. weiterleitet, Anträge von diesen Stellen entgegennimmt und die Rangordnung der gemeldeten Bauvorhaben abstimmt. Die Straßenbau und Verkehrsdirektion ist hervorgegangen aus der früheren Provinzial-Straßenbauverwaltung, untersteht aber nicht mehr dem Oberpräsidenten, sondern unmittelbar der Straßenbau- und Verkehrs-Generaldirektion in Bielefeld. Ursprünglich war die Ansicht vertreten, sowohl die SVD als auch die Militär-Regierung hätten nur die Befugnisse der Durchgangsstraßen wahrzunehmen. Es ist aber inzwischen eindeutig festgelegt worden, daß für sämtliche städtischen Straßen-SVD und Militär-Regierung Weisungsbefugnis hatten.

Die Straßenbau- und Verkehrsdirektion hat an die Militär-Regierung auf besonderen Vordrucken die entsprechenden Meldungen zu machen. Die Straßenbau-Verkehrs- und Generaldirektion hat dementsprechend Vordrucke ausgearbeitet, auf denen die der SVD unterstehenden Straßenbauämter, Kreisbauämter und Stadtbauämter der Städte über 6000 Einwohner anmelden sollen, welche Arbeiten sie an ihren Straßen planen. Bei der Meldung ist u.a. anzugeben, der Bedarf an kontingentierten und nicht kontingentierten Baustoffen und die veranschlagten Kosten getrennt nach Baustoff- und Arbeitskosten.

Die von der Straßenbau- und Verkehrsdirektion zusammengestellten Meldungen werden von der Militär-Regierung geprüft und ggf. genehmigt. Erst mit dieser Genehmigung liegt eine Bauerlaubnis vor und die Möglichkeit Baustoffe zu beschaffen. Vor Erteilung der Genehmigung sind bisher auch sämtliche Anträge auf Befürwortung von Baustofflieferungen bzw. Baustofftransporten abgelehnt worden. Es muß erwähnt werden, daß bis heute noch keine schriftliche Bauerlaubnis für irgendeine Maßnahme an den Kieler Straßen vorliegt. Es sind bisher nur mündliche Weisungen erteilt worden und zwar wurde 1. die Weisung erteilt die Militärstraße 200 in einen allen Ansprüchen genügenden Zustand zu bringen. Es handelt sich hier um den Straßenzug Hamburger Chaussee, Königsweg, Ringstraße Schützenstraße, Sternstraße, Eckernförder Straße, Eckerförder Allee. Ferner wurde die ebenfalls mündliche Weisung erteilt, verschiedene andere Straßen in Ordnung zu bringen und zwar die Eichhof- und Gutenbergstraße, den Mühlenweg zwischen Eichhof- und Projensdorfer Straße, Düvelsbeker Weg, Köster Alle, Admiral Scheer - Adalbert und Herthastrasse, Wiker Straße, den Straßenzug Hindenburgufer, Düsternbrooker Weg, Wall, Holstenbrücke, Holstenstraße, einen Abschnitt des Hasseldicksdammer Weges und schließlich den Kolonnenweg. Letzterer Auftrag wurde noch dahingehend

berichtigt, daß statt dessen der Uhlenkroog wiederhergestellt werden müsse.

Bei der Durchführung der Arbeiten liegen die seit längerer Zeit allgemein bekannten Schwierigkeiten vor und zwar 1. die nur beschränkte Zahl der hierfür zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Zur Behebung sind bereits seit längerer Zeit Umschulungskurse eingerichtet worden, die ersten Erfolge haben sich auch schon bemerkbar gemacht. Ein weiterer Engpass sind die erforderlichen Steine. Neue Pflastersteine sind zur Zeit überhaupt nicht zu beschaffen. Schotter und Splitt konnte nur in ganz geringem Umfange neu beschafft werden. Neuerdings wurde der Ausweg beschritten, an sich schlecht geeignetes Material aus Kiesgruben zu verwenden. Außerdem wurden hierzu besonders geeignete Trümmer von Luftschutzbunkern gebrochen und zunächst einmal probeweise eingebaut. Es scheint, daß sich die Trümmer einiger Bunker wegen des großen Splittgehaltes im Beton für diesen Zweck gut eignen. Die Beschaffung des für die Schwarzdeckenwiederherstellung erforderlichen Teers ist durch Freigabe eines Teiles der Produktion der Stadtwerke sichergestellt.

Über den Fortschritt der Arbeiten muß monatlich an die Straßenbau- und Verkehrsdirektion berichtet werden, ebenfalls muß ihr ein Bericht über die monatlichgemachten Ausgaben erstattet werden. Es ist zu erwarten, daß von der Straßenbau- und Verkehrsgeneraldirektion Zuschüsse zu den von der Stadt aufgewendeten Kosten gezahlt werden. Doch besteht hierüber und auch über die evtl. Höhe dieser Zuschüsse noch keinerlei Klarheit.

Umbau- und Ausbaumaßnahmen sind bisher nicht angemeldet worden. Es wird aber zur Zeit das Projekt des Ausbaus, der Preetzer Chaussee bearbeitet. Es wird in Kürze angemeldet werden und nach einer unverbindlichen Auskunft der SVD. soll die Möglichkeit bestehen, in diesem Jahr noch mit den Arbeiten zu beginnen. Bei dieser Sachlage ist es der Stadt Z.Zt. nicht möglich, mit der gebotenen Beschleunigung wichtige geplante Arbeiten durchzuführen, wie die Instandsetzung der Verkehrsstraßen auf dem Ostufer, sowie auf dem Westufer beispielsweise Tirpitzstraße, Knoopertweg und einiger wichtiger Querverbindungen.

G a y k
Bürgermeister.

Kiel, den 23. August 1946

Betrifft: Fortführung des Vorschußkontos II K.

Berichterstatter: Stadtrat B r e i t e n s t e i n

Antrag:

Zustimmung, daß das Vorschußkonto II K bis zur endgültigen Regelung über die Bereitstellung der für die Beseitigung der städteigenen Kriegsschäden erforderlichen Mittel im ordentlichen Haushaltsplan fortgeführt wird.

Begründung:

Bisher wurde das Vorschußkonto II K zur Beseitigung von städteigenen Kriegsschäden an Gebäuden, Versorgungsanlagen, Straßen und sonstigen Stadteigentum geführt. Erwartet wurde, daß dieses Vorschußkonto durch Mittel der Kreisfeststellungsbehörde Kiel abgedeckt werden würde, denn die Abdeckung dieses bereits während des Krieges geführten Kontos ist bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1945 zum größten Teil erfolgt.

Nachdem durch Anordnung der Militärregierung vom 23.7.1946 für die Wiederherstellung von durch Kriegshandlungen beschädigten Gebäuden keine Entschädigung mehr gezahlt werden darf, (P.C. / 909 / 1/220), ist die Weiterführung des Vorschußkontos II K nicht mehr möglich.

Da es aber ausgeschlossen ist, die im Gang befindlichen Arbeiten abzustoppen und die dafür erforderlichen Zahlung einzustellen, muß ein neuer Weg gefunden werden. Die Stadt Kiel muß als die am stärksten zerstörte Stadt der Provinz die vom Reich geschuldeten Mittel zum Wiederaufbau auf jeden Fall von einer überörtlichen Stelle erhalten. Das kann entweder dadurch geschehen, daß die Mittel in den ordentlichen Haushalt eingestellt werden und dadurch entstehende Fehlbetrag des ordentlichen Haushalts auf Anweisung der Militärregierung abgedeckt wird, oder daß die Landesregierung die erforderlichen Mittel im Wege einer Sonderbeihilfe bereitstellt.

Es ist daher vorgesehen, die Bereitstellung der erforderlichen Mittel in den ordentlichen Haushalt im Wege eines Nachtragsplanes, der der Stadtvertretung zusammen mit dem z. Zt. im Druck befindlichen ordentlichen Haushaltsplan vorgelegt wird, zu beschließen.

Da es z.Zt. jedoch nicht möglich ist, die Ausgaben aus dem ordentlichen Haushalt zu leisten, solange dieser Nachtragsplan von der Militärregierung nicht genehmigt ist, bleibt kein anderer Ausweg möglich, als das Vorschußkonto II K aufrecht zu erhalten, bis die Genehmigung der Militärregierung vorliegt, oder die erforderliche Beihilfe durch die Landesregierung für die am stärksten zerstörte Stadt des Landes Schleswig-Holstein beschafft wird.

Es wird beantragt, die Genehmigung zu erteilen, daß das Vorschußkonto II K in der hier vorgesehenen Weise fortgeführt wird.

B r e i t e n s t e i n

Stadtrat

Stadt Kiel
- Hauptamt -

Kiel, den 15.8.1946

Betrifft: Fernsprechanlage für das Rathaus.

Berichterstatter: Oberstadtdirektor

Antrag: Erhöhung der Haushaltsstelle 001/902 - Ein- und Ausbau von Fernsprechanlagen - von 50.000 RM auf 100.000 RM. Die fehlenden 50.000 RM sind Vorbehaltsmitteln zu entnehmen.

Begründung:

Die seit 1911 in Betrieb befindliche Fernsprechanlage des Rathauses entspricht seit Jahren nicht mehr den Anforderungen, weil sie verbraucht ist. Alle Bemühungen der Stadt, eine neue Fernsprechanlage zu kaufen, blieben in Folge des Krieges ergebnislos. Der Fernsprechverkehr des Rathauses wurde notdürftig dadurch aufrecht erhalten, dass die fortlaufenden Störungen im Fernsprechverkehr mit den zur Verfügung stehenden Mitteln vorübergehend oder teilweise beseitigt werden konnten. Seit ca. 1 Jahr stösst dieses Verfahren auf immer grössere Schwierigkeiten, weil sich die Fernsprechanlage nach dem Urteil von Sachverständigen nicht mehr reparieren lässt. Der Fernsprechverkehr wird oftmals für längere Zeit unterbrochen, wodurch sich erhebliche Nachteile für den Geschäftsverkehr der Stadtverwaltung ergeben. Da es nicht möglich war, städtischerseits eine neue Anlage zu erwerben, ist der Zustand der Militärregierung unterbreitet worden mit der Bitte, die Bemühungen der Stadtverwaltung, eine neue Fernsprechanlage zu erhalten, zu unterstützen. Die Militärregierung hat ihre Unterstützung zugesagt. Nach langer Bemühung ist es jetzt gelungen, von dem Senior P & T Officer - CCC (BE) Kiel die Erlaubnis zu erhalten, die Fernsprechwählanlage der ehemaligen U-Bootschule in Neustadt, die nach ihrer Grösse den Belangen der Stadtverwaltung entspricht, zu kaufen. In dem Gebäude der ehemaligen U-Bootschule in Neustadt ist die UNRRA untergebracht, die mit einer kleineren Selbstwählanlage auskommt, die der Reichspostdirektion zur Verfügung steht.

Um die Massnahmen durchführen zu können, werden folgende Geldmittel gebraucht:

1. Kaufpreis der Neustädter Anlage	ca. 35.000 RM
2. Ausbau der Anlage in Neustadt	5.000 RM
3. Einbau der Anlage in Kiel, Rathaus	30.000 RM
4. Verbesserung des Leitungsnetzes im Rathaus in Kiel	20.000 RM
5. Einbau der kleineren Fernsprechwählanlage in Neustadt	7.000 RM
6. für unvorhergesehene Ausgaben	3.000 RM
	zusammen: 100.000 RM

Die deutschen Fernsprechgerätefabriken Siemens & Halske, Mix und Genest usw. können in den nächsten Jahren neue Anlagen nicht liefern, weil sie entweder für Reparationen in Anspruch genommen sind oder ihre Betriebe erst wieder aufbauen müssen.

Bei dieser Sachlage ist die Aussicht, auf die vorstehend dargelegte Art und Weise eine Fernsprechanlage für das Rathaus zu erhalten, für Jahre hinaus die einzige Möglichkeit.

Der Oberstadtdirektor
Lehmkühl

Drucksache 27

Stadt Kiel
- Hauptamt -

Kiel, den 23. August 1946

Betrifft: Organisationsprüfung der Stadtverwaltung.

Berichterstatter: Oberstadtdirektor.

Antrag: Bereitstellung von 6000.-- RM aus Vorbehaltsmitteln für die neu einzurichtende Haushaltsstelle 001/65 1
- Organisationsprüfung der Stadtverwaltung -

Begründung:

Die Stadtvertretung hat am 3.4.1946 beschlossen, einen Verwaltungsfachmann zu beauftragen, die Stadtverwaltung auf Vereinfachung und Verbilligung zu überprüfen. Als Teilaufgabe ist mit der Überprüfung des Stadtbauamtes durch den bei der Stadt tätigen Ing. M e h r e s n begonnen worden. Es ist weiter geplant, zunächst die allgemeine Organisation der Stadtverwaltung und die Personalwirtschaft prüfen zu lassen, und zwar durch die Wirtschaftsberatung deutscher Städte, die dafür Dr. L o s c h e l d e r abordnen würde. Sofern die Prüfung gute Ergebnisse zeigt, können im nächsten Rechnungsjahr Spezialgebiete der Stadtverwaltung wie das Schulwesen, das Krankenhauswesen usw. überprüft werden. Die Wirtschaftsberatung deutscher Städte verfügt dazu über namhafte Spezialprüfer. Der erste Prüfungsauftrag kann der Wirtschaftsberatung deutscher Städte erteilt werden, wenn die Mittel bereit stehen. Für jeden Prüfungstag am Ort ist an den Prüfer ein Tagesatz einschließlich Aufenthaltskosten von RM 60,- RM zu zahlen, zu dem die Reisekosten hinzukommen. Für die Ausarbeitung des Prüfungsberichtes am Sitz der Gesellschaft wird ein Zuschlag erhoben, der noch zu vereinbaren ist. Nach den bisherigen Erfahrungen werden für die Prüfung der allgemeinen Organisation und der Personalwirtschaft 6000.-- RM aufzuwenden sein.

Der Oberstadtdirektor.

T. E./Ga.

An
Herrn
Frau
Frl.
K i e l

Auf Grund der bereits abgegebenen Meldekarte für die beschlagnahmte Bereifung des Kraftfahrzeuges I. P. Reifenanzahl und Größe Stück bitte ich mir umgehend mitzuteilen, ob die gemachten Angaben noch zutreffen.

Genaue Angaben und Anschriften sind unbedingt erforderlich.

Bei Beantwortung meiner Anfrage wollen Sie anhängendes Formular verwenden. Später eintretende Veränderungen sind sofort zu melden.

A. A.

Hier abtrennen.

An
das Stadtwirtschaftsamt
T. E./Ga.
K i e l

Betrifft: I. P. Reifenanzahl und Größe Schläuche

Das Kraftfahrzeug bzw. die Bereifung steht

Fahrzeug verkauft an: (Genaue Anschrift)

Fahrzeug von der Wehrersatz-Inspektion beschlagnahmt am:

Fahrzeug von der Wehrmacht übernommen am:

Fahrzeug ist bewinkelt am:

Ich werde die Bereifung nach Aufforderung selbst abnehmen.

Ich bin nicht in der Lage, die Bereifung selbst zu demontieren und bitte, die Abmontierung der aufgerufenen Bereifung auf meine Rechnung und Gefahr von dort zu veranlassen.

Kiel, den 194.....

Unterschrift und genaue Anschrift

Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Kiel, den 29. August 1946

Betrifft: Finanzierung der laufenden Verbindlichkeiten und der in den Finanzplan aufzunehmenden Bauvorhaben der Stadtwerke.

Berichterstatter: Stadtrat R a t z .

Antrag: Zustimmung zur Aufnahme

- a) eines kurzfristigen Kredits von 2 000 000 RM bei der Stadthauptkasse zur Deckung der laufenden Verbindlichkeiten der Erfolgs- und Vermögensrechnung,
- b) eines kurzfristigen Kredits von 1 000 000 RM zur Finanzierung von Erneuerungen und Erweiterungen im Zuge des Wiederaufbaues der Werke.

Die Verzinsung erfolgt nach den für die Debetzinsen der Kieler Spar- und Leihkasse jeweils geltenden Sätzen.

Berichters

Begründung:

Die seit Jahren durchgeführte Finanzierung der Erneuerungen und Erweiterungen der Werke aus eigenen Mitteln und der Einnahmeverlust infolge der Kriegsereignisse haben zur Folge gehabt, daß die Werke über eigene Geldbestände nicht mehr verfügen. Aufgrund einer Vereinbarung mit der Kämmererverwaltung wird zur Überbrückung dieser Schwierigkeit bei der Stadthauptkasse ein kurzfristiger Kredit von 1 000 000,- RM in Anspruch genommen.

Für das Rechnungsjahr 1946 ist wegen der ungeklärten Finanzlage ein Finanzplan nicht aufgestellt worden. Es sind noch einige Bauvorhaben fertigzustellen, die aus dem von der Stadthauptkasse zur Verfügung gestellten Kredit finanziert werden sollen. Im Zuge des Wiederaufbaues der Werke sind weitere Bauvorhaben vorgesehen, die normale Erneuerungen und Erweiterungen darstellen und daher nicht über Kriegsschadenkonto verrechnet werden können.

Bis zur endgültigen Regelung der Frage einer Tarifierhöhung wird von den Werken folgende vorläufige Regelung der Kassen- und Kreditwirtschaft unter Einbeziehung des bereits in Anspruch genommenen Kredits vorgeschlagen:

- a) Zur Deckung der laufenden Verbindlichkeiten der Erfolgs- und Vermögensrechnung stellt die Kämmererverwaltung auf dem Verrechnungskonto bei der Stadthauptkasse einen kurzfristigen Kredit bis zu einer Höhe von 2 000 000,- RM zur Verfügung.
- b) Zur Finanzierung von Erneuerungen und Erweiterungen, die in den Finanzplan aufzunehmen sind, stellt die Kämmererverwaltung ebenfalls auf dem Verrechnungskonto der Stadthauptkasse einen kurzfristigen Kredit von 1 000 000,- RM zur Verfügung. Die bei der Kämmererverwaltung einzureichenden Anträge auf Bewilligung von Mitteln für die vorgesehenen Bauvorhaben werden mit folgendem Vermerk versehen:

" Die Finanzierung erfolgt aus dem kurzfristigen Kredit auf dem Verrechnungskonto der Stadthauptkasse."

- c) Die Zinsen für die in Anspruch genommenen Kredite werden nach den für Debetzinsen der Kieler Spar- und Leihkasse jeweils geltenden Sätzen berechnet.

Hauptausschuß für die städt. Betriebe
K/H!

Kiel, den 29. August 1945

Betrifft: Jahresabschluß 1944/45.

Berichterstatter: Stadtrat " a t z .

- Antrag:
1. Festsetzung der Jahresbilanz und Jahreserfolgsrechnung für das Jahr 1944/45 gemäß § 21 Eigenbetriebsverordnung.
 2. Zustimmung zur Abführung des ausgewiesenen Jahresgewinns in Höhe von 789.742,76 RM an die Kammereiverwaltung zur Verzinsung des Eigenkapitals.
 3. Genehmigung zur Überschreitung des Bewilligungssolls des Erfolgsplans.

Begründung:

Vorgelegt wird der Geschäftsbericht zum Jahresabschluß 1944/45 bestehend aus:

- a) Geschäftsbericht,
- b) Jahresbilanz nebst Anlagennachweis .
- c) Jahreserfolgsrechnung
- d) Nachweis der Überschreitung des Bewilligungssolls des Erfolgsplanes

zwecks Festsetzung durch die Stadtvertretung.

R a t z
Stadtrat

Geschäftsbericht
zum Jahresabschluß 1944/45.

Zu der Jahresbilanz und der Jahreserfolgsrechnung werden nachstehende Erläuterungen gegeben:

1. Jahresbilanz.

a) Vermögensseite.

Die Anlagezugänge betragen rd. RM 2.370.000,--.

Das Elektrizitätswerk hat im wesentlichen das Kabelnetz und die Schaltanlagen erweitert. Auf dem Gaswerk wurden eine Grundüberholung der Collin-Ofenbatterie durchgeführt und die Apparateanlagen erweitert. Die Gas Hochdruckleitung nach Eckernförde und Surenndorf wurde fertiggestellt. Zur Sicherstellung der Wasserversorgung wurde der Wasserbehälter Professor-Peters-Platz in Betrieb genommen.

Die Anlageabgänge in Höhe von rd. 1.820.000,- sind zur Hauptsache durch die Ausbuchung der Kriegsschäden entstanden, die nicht wieder hergestellt werden können. Zum größten Teil handelt es sich um die zerstörten Zähler und Messer.

Durch die Fertigstellung mehrerer größerer Bauvorhaben ist der Betrag für die im Bau befindlichen Anlagen zurückgefallen.

Die Finanzanlagen haben sich nicht und die Lagerbestände nur geringfügig geändert.

Die gegebenen Anzahlungen sind aus den gleichen Gründen wie die im Bau befindlichen Anlagen zurückgegangen.

Die Liefer- und Leistungsforderungen haben sich einmal durch die im Berichtsjahr eingetretene fortschreitende Zerstörung der Stadt und die dadurch notwendig gewordene Evakuierung der Bevölkerung und zum anderen durch den Übergang zur 4-monatlichen Ableserperiode stark erhöht. In den sonstigen Forderungen sind Kriegsschädenforderungen von rd. 8.000.000 RM enthalten. Diese sind gegenüber dem Vorjahre wesentlich höher infolge der bedeutenden Schäden, die durch die Bombenangriffe entstanden sind. In den Kriegsschädenforderungen werden auch die Verluste an Gas und Wasser in Höhe von rd. 1.285.000 RM nachgewiesen. Diese sind durch die infolge der Bombenangriffe verursachten Undichtigkeiten des Rohrnetzes gegenüber den normalen Betriebsverlusten sehr stark erhöht.

b) Schuldenseite.

Dem Eigenkapital wurde der Teilgewinn des vorhergehenden Geschäftsjahres zugeführt, der den Werken nach Abführung der 4 % Verzinsung des Eigenkapitals an die Stadt Kiel verblieb.

Durch die Ausbuchung der Kriegsschäden wurden die stillen Reserven dieser Anlagen aufgelöst und der offenen Rücklage für die Ersatzbeschaffung zugeführt.

Die Rückstellungen sind beträchtlich angestiegen. Mit der Marine wurde die Zahlung eines größeren Baukostenzuschusses vereinbart für die Bauvorhaben "Gasversorgung der T.V.A. Surenndorf und die Sicherstellung der Wasserversorgung auf dem Ostufer". Der größere Teil ist jedoch bis heute nicht eingegangen. Weiter mußten für die durch Bombenangriffe zerstörten bzw. beschädigten Anlagen der Werke, die bis zum Abschlußtag noch nicht beseitigt werden konnten, rd. 5.244.000 RM zurückgestellt werden.

Der Wertberichtigung wurden die notwendigen Abschreibungen entsprechend der festgelegten Nutzungsdauer der Anlagen zugeführt. Die aufgelaufenen Abschreibungen für die in Abgang gestellten Anlagen mußten ausgebucht werden.

Die Anleihen wurden planmäßig getilgt.

Durch verspäteten Rechnungseingang haben sich die Lieferungs- und Leistungsforderungen erhöht. Die Schulden bei der Gemeinde weisen gegenüber dem Vorjahr einen bedeutend höheren Stand aus, weil die Abrechnung der persönlichen Kosten der Werke erst nach dem Bilanzstichtag erfolgen konnte.

Durch eine außergewöhnliche Tilgung der Schulden, die von der Vereinigte Großkraftwerke Schleswig-Holstein GmbH., Rendsburg, als Treuhänderin der Betriebsgemeinschaft zur Finanzierung der Erneuerungen und Erweiterungen der B.G.-Anlagen aufgenommen worden sind, ist der Schuldenstand beträchtlich gesunken.

In den sonstigen Schulden ist ein Baukostenzuschuß des Reiches in Höhe von 510.000 RM enthalten, den die Werke für die Energie- und Wasserversorgung Elmschenhagen erhalten haben. Dieser Betrag wird im Folgejahr auf das Rückstellungskonto für Bauzuschüsse umgebucht.

2. Jahreserfolgsrechnung.

Für den Stromankauf mußte gegenüber dem Vorjahr ein höherer Betrag aufgewandt werden, während auf der Einnahmeseite der Ertrag aus der Stromabgabe zurückging. Umgerechnet in % betrug die Mehrausgabe für Stromankauf 7,86% und die Mindereinnahme aus der Stromabgabe 13,36%. Die mengenmäßige Stromabgabe hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11,66% ermäßigt. Die gegenteilige Entwicklung - höherer Stromankauf und niedrigerer Stromertrag - ist darauf zurückzuführen, daß sich auf der Ausgabenseite die Selbstkosten der Betriebsgemeinschaft, welche für die Stromaufkosten maßgebend sind, erhöht haben und daß auf der Einnahmeseite der Grundpreis bei den allgemeinen Tarifen infolge der Bombenschäden ermäßigt werden mußte, während die Abgabe dieselbe blieb. Bei den Sonderverträgen ist ein größerer Rückgang zu verzeichnen.

Der Durchschnittserlös für 1 kWh ist von 8,69 Rpf. im Geschäftsjahr 1943 auf 8,50 Rpf. im Berichtsjahr gesunken.

Auch das Konto Dampfeinnahme des Elektrizitätswerkes weist gegenüber dem Vorjahre eine Mindereinnahme auf, weil durch die Beschädigung der Heizungsanlagen nur eine geringere Menge Dampf verkauft werden konnte.

Der Aufwand für Betriebsstoffe der Gaserzeugung ist ganz erheblich zurückgegangen, und zwar um 41,5%. Auf der Einnahmeseite ist auch der Betriebsertrag stark zusammengeschrumpft, und zwar ist die Einnahme aus der Abgabe von Gas um 45,6%, von Koks um 40,3% und den sonstigen Erzeugnissen um 56,7% gesunken. Dieses Betriebsergebnis ist in Auswirkung des Bombenkrieges entstanden. Das Gaswerk mußte den Betrieb zeitweise einstellen und die Rohrschäden zwangen die Werke dazu, in einzelnen Stadtgebieten die Versorgung zu unterbrechen. Auch mußte infolge des Kohlenmangels die Abgabe von Gas stark eingeschränkt werden. Dementsprechend war auch der Anfall von Nebenprodukten geringer. Der Durchschnittserlös für 1 cbm Gas ist von 12,21 Rpf. im Geschäftsjahr 1943 auf 11,98 RM im Berichtsjahr gesunken.

Bei den Wasserwerken verläuft die Entwicklung des Aufwandes für die Betriebsstoffe der Wasserförderung und des Erlöses für die

Wasserabgaben ähnlich wie bei dem Elektrizitätswerk. Der Aufwand liegt um 10,6% höher und der Erlös um 29,0% niedriger als im Vorjahr. Zur Ausgabe Seite ist zu bemerken, daß zur Aufrechterhaltung der Wasserversorgung neue Tiefbrunnen gebohrt werden mußten, deren Betrieb durch die Zwischenförderung erheblich teurer ist, als bei den Flachbrunnen. Auch wurde die Wasserförderung infolge Mangels an Koks von Gas auf Strom umgestellt. Diese Betriebsweise ist erheblich teurer. Der Einnahmeausfall ist wie bei den übrigen Werken auf den Bombenkrieg zurückzuführen. Der Durchschnittserlös für 1 cbm Wasser ist von 20,87 Rpf. im Geschäftsjahr 1943 auf 22 Rpf. im Berichtsjahr gestiegen. Die Erhöhung erklärt sich aus der Minderabnahme der Verbraucher, die nach dem Staffeltarif abgerechnet werden. Diese Abnehmer kamen dadurch nicht mehr in den Vorteil der niedrigsten Staffel.

Bei den sonstigen Betriebs- und Verwaltungskosten sind keine wesentlichen Änderungen eingetreten. Entsprechend der zunehmenden Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung konnten die Unterhaltungsarbeiten der Betriebe nicht in dem wünschenswerten Umfang durchgeführt werden, aber es sind andererseits infolge der Minderarbeitsleistung, die durch Mehreinstellung von Arbeitern ausgeglichen werden mußte, höhere Lohnkosten entstanden.

Entsprechend der neu in Betrieb genommenen Erweiterungen und Erneuerungen haben sich die verbrauchsbedingten Abschreibungen auf das Anlagevermögen erhöht.

Zu den Steuern ist zu bemerken, daß für die Körperschaftsteuer entsprechend dem geringeren Überschuß gegenüber dem Vorjahr die Rückstellung ermäßigt werden konnte.

Die Konzessionsabgabe ist in voller Höhe gemäß der Anordnung des Preiskommissars vom 4.3.1941 an die Stadt abgeführt worden, da die Verzinsung des Eigenkapitals gewährleistet war. Aber infolge der Mindereinnahme trat gegenüber dem Vorjahr eine starke Senkung der Konzessionsabgabe ein.

Zu den übrigen Aufwandsposten sind keine Bemerkungen zu machen.

Bei den Ertragsposten wäre noch zu erwähnen, daß die Gas- und Wasserverluste, die infolge Bombenschäden entstanden sind, in Höhe von rd. 1.285.000 RM als außerordentlicher Ertrag eingebucht worden sind. Eine Überweisung des Betrages durch die Regierung konnte noch nicht erreicht werden.

Der Überschuß hat sich gegenüber dem Vorjahre in Höhe von 1.828.718 RM auf 789.743 RM im Berichtsjahr ermäßigt. Das Gaswerk konnte keinen Überschuß mehr erzielen. Das Gesamtergebnis konnte aber durch die Einbuchung der Gas- und Wasserverluste erreicht werden.

Nachstehend werden einige Zahlen aus der Erfolgsrechnung aufgeführt. Es wurden aufgewandt für:

a. <u>Persönliche Kosten</u>	
Gehälter	1.246.236 RM
Löhne	1.381.687 "
Versorgungsaufwand	303.294 "
Gesetzlich soziale Lasten	206.642 "
Fortzahlung an Einberufene	668.539 "

b)

b) Nach dem Aktiengesetz auswäispflichtige Steuern:

Körperschaftsteuer	1.125.966	R.M.
Gewerbesteuer	639.813	"
Grundsteuern	71.389	"
Lohnsummensteuern	46.932	"
Aufbringungsumlage	115.345	"

Stadtwerke Kiel

gez. Ploppa.

Vermögen

	Wert 1. 4. 1944 RM	Zugang RM	Abgang RM	Wert 31. 3. 1945 RM
I. Anlagesachvermögen				
1. Sachanlagen				
<u>Im Betrieb befindliche Anlagen:</u>				
a) Elektrizitätswerke	37.437,630,02	540.671,75	645.572,97	37.131.728,80
b) Gaswerk	24.333,217,73	887.183,83	650.332,47	24.520.688,63
c) Wasserwerke	14.763.994,48	920.901,66	76.671,05	15.526.225,09
d) Gemeinschaftliche Anlagen	2.603.965,83	42.049,20	245.579,95	2.401.235,08
	79.128.800,06	2.371.866,04	1.821.156,44	79.679.257,66
<u>Im Bau befindliche Anlagen:</u>				
a) Elektrizitätswerke	654.153,30	42.531,66	-	696.684,91
b) Gaswerk	461.144,09	-	229.723,89	231.720,20
c) Wasserwerke	351.160,66	-	115.197,13	235.963,53
d) Gemeinschaftl. Anlagen	1.573,40	-	1.673,40	-
	1.460.451,45	42.531,66	346.594,42	1.164.388,64
<u>Anlagewertforderung gegenüber der Betriebs-gemeinschaft:</u>	263.675,42	-	25.095,27	238.580,15
2. Finanzanlagen				
Beteiligungen	301.200,-	-	-	301.200,-
	301.200,-	-	-	301.200,-
II. Umlaufvermögen				
1. Bau- und Installationsstoffe				1.207.071,04
2. Sonstige Verbrauchsstoffe				205.387,73
3. Halb- und fertigerzeugnisse				82.103,58
4. Handelswaren				7.328,03
5. Sonstige Lagerbestände				600,-
6. Gegebene Anzahlungen				2.347.174,32
7. Liefer- u. Leistungsforderungen				
a) berechnete		4.164.938,17		
b) zuzüglich des nicht abgelesenen Verbrauchs		192.700,-		4.357.638,17
8. Forderungen an die Gemeinde				
a) aus angelegten Geldmitteln		2.000.000,-		
b) Sonstige		1.865.992,41		3.865.992,41
9. Forderungen an Beteiligungsunternehmer				311.658,51
10. Barmittel				34.019,16
11. Sparkassenguthaben				48.694,99
12. Sonstige Forderungen				8.478.371,41
<u>Abgrenzposten:</u>			192.590,-	20.846.938,94
<u>Vermerke (nachrichtlich)</u>				192.590,-
1. Rückgriffsrechte gemäß Schuldseite VI,1		3.942.136,81		
2. Bestände gemäß Schuldseite IV,2		115.666,87		162.423.355,39

Schulden

	Wert 1.4. 1944 RM	Zugang RM	Abgang RM	Wert 31.3.1945 RM	
I. Eigenkapital					
1. In den Anlagen investiert					
a) Elektrizitätswerke	11.835.700,17	953.029,93	-	12.488.738,10	
b) Gaswerk	7.960.715,42	-	-	7.960.715,42	
c) Wasserwerke	5.281.432,76	19.560,09	-	5.300.993,85	
d) Gemeinschaftl. Anlagen	1.041.886,73	-	-	1.040.886,73	
	<u>26.139.734,08</u>	<u>672.590,02</u>	<u>-</u>	<u>26.812.324,10</u>	
2. Offene Rücklagen					
a) Rücklage für Maschinenschäd.	763.370,89	100.000,-	-	863.370,89	
b) Rücklage für Ersatzbesch. für Kriegsschäden	510.240,83	1.247.172,42	-	1.757.413,25	
c) Rücklage für Ersatzbesch. im Zuge der Kupferaktion	68.049,25	16.794,95	-	64.844,20	
	<u>1.341.660,97</u>	<u>1.363.967,37</u>	<u>-</u>	<u>2.705.628,34</u>	29.517.952,44
III. Rückstellungen					
1. Für Zahlungsausfälle	60.798,28	40.000,-	37,46	100.760,82	
2. Bauzuschüsse	1.297.542,36	1.015.953,15	206.696,04	2.106.799,47	
3. Sonstige Rückstellungen	2.539.905,72	7.491.655,23	4.039.590,47	5.991.970,48	
	<u>3.898.246,36</u>	<u>8.547.608,38</u>	<u>4.246.423,97</u>	<u>8.199.130,77</u>	8.199.130,77
III. Wertberichtigung zu dem Anlagensachvermögen					
1. Elektrizitätswerke	19.335.354,26	1.509.619,95	792.841,27	20.052.132,94	
2. Gaswerk	14.677.324,71	765.159,43	461.366,47	14.981.086,97	
3. Wasserwerke	9.210.691,58	359.634,24	45.507,05	9.524.818,76	
4. Gemeinschaftl. Anlagen	1.352.040,03	105.476,20	122.084,95	1.335.431,28	
	<u>44.575.410,58</u>	<u>2.739.889,82</u>	<u>1.421.829,74</u>	<u>45.893.465,67</u>	45.893.465,67
IV. Verbindlichkeiten					
1. Darlehn bei Fremden				7.175.284,81	
2. Empfangene Pfandgelder				13.879,56	
3. " " Zahlungen				243.926,83	
4. Liefer- und Leistungsschulden				1.356.828,73	
5. Schulden bei der Gemeinde				2.609.181,01	
6. Schulden bei Beteiligungsunternehmen				5.972.671,34	
7. Sonstige Schulden				651.285,67	18.023.059,75
					18.023.059,75
V. Jahresgewinn					
					799.742,76
VI. Vermerk (nachrichtlich)					
1. Bürgschaftsverpflichtungen gegenüber der Vereinigten Großkraftwerke Schleswig-Holstein G.m.b.H. Rendsburg			3.942.136,81		
2. Verbindlichkeiten aus Pfändern (unbaren Sicherheiten)			115.668,87		
3. Wirtschaftsvorband der Elektrizitätswerke e.G.m.b.H. Berlin, Haftsumme			600,-		
					<u>102.423.355,39</u>

J a h r e s e r f o l g e r e c h n u n g d e r S t a d t w e r k e K i e l f ü r d a s W i r t s c h a f t s j a h r 1 9 4 4 / 4 5

Ertragsseite	Elwerk	Gaswerk	Wasserwerk	Gemeinsame Erfolgsrechnung
	RM	RM	RM	RM
I. Betriebsertrag				
1. Strom, Gas, Wasser	8.640.950,01	2.931.462,04	1.676.899,63	13.249.331,68
a) Verkauf				313.221,09
b) Absatz an die Gemeinde	172.560,04	9.964,67	130.688,38	567.228,20
c) Verbrauch	515.014,52	9.947,68	65.265,50	
Strom, Gas, Wasser insgesamt	9.328.532,97	2.948.417,39	1.872.333,61	14.149.780,97
2. K o k s				
a) Verkauf		1.048.776,16		
b) Absatz an die Gemeinde		81.724,77		
c) Verbrauch		26.962,88		
d) Bestandsmehrheit (+)		22.840,75		
Koks insgesamt		1.174.314,56		1.174.314,56
3. Sonstige Erzeugnisse				
a) Verkauf	576.307,16	323.969,26		900.272,42
b) Absatz an die Gemeinde	69.820,73	610,10		70.420,83
c) Verbrauch	5.730,87	14.572,07		24.302,94
d) Bestandsminderheit (-)		36.334,65		36.334,65
Sonstige Erzeugnisse insgesamt	655.844,76	302.616,70		950.661,54
Betriebsertrag insgesamt	9.984.377,73	4.425.545,73	1.872.833,61	16.282.757,07
II. Geschäftsertrag				
1. Nebengeschäftsertrag	394.075,22	241.094,20	30.753,36	773.922,78
2. Grundstücksertrag	3.392,04	26.237,94	5.302,79	20.932,77
3. Sonstiger Ertrag	682.525,82	131.823,65	2.244,23	796.993,70
Geschäftsertrag insgesamt	1.060.393,01	403.155,79	46.300,36	1.599.848,25
III. Finanzertrag				
Zinsenertrag	26.615,86	17.813,73	11.315,83	57.761,42
IV. Außergewöhnlicher Ertrag				
1. Entnahmen aus der Rückstellung der Bauzuschüsse	76.814,57	68.572,77	42.100,70	206.696,04
2. Überschuss aus Vermögensübertragung	2.492,45			2.492,45
3. Sonstiger außergewöhnlicher Ertrag	323.151,43	599.852,77	374.312,37	1.696.506,57
Außergewöhnlicher Ertr. Insges.	401.555,45	1.087.625,54	416.411,77	1.505.695,06
Insgesamt:	11.475.245,12	6.224.140,79	2.346.896,89	19.846.082,80

Jahreserfolgsrechnung der Stadtwerke Kiel für das Wirtschaftsjahr 1944/45.

Aufwandseite	Eltwerk RM	Gaswerk RM	Wasserwerk RM	Gemeinsame Erfolgsrechnung RM
I. Betriebsaufwand				
1. Erzeugung und Bezug				
a) Laufender Aufwand (Betriebskosten)	4.494.670,24	2.772.855,42	479.402,40	7.746.928,06
Unterhaltungs- und allgemeiner Aufwand	68.570,23	467.130,49	75.706,25	611.406,97
Erzeugung u. Bezug insgesamt	4.569.240,47	3.289.965,81	555.108,65	8.358.335,03
2. Speicherung und Verteilung	335.570,07	164.210,30	93.492,60	592.759,97
Betriebsaufwand insgesamt	4.698.297,54	3.404.196,21	548.601,25	8.951.095,-
II. Geschäftsaufwand				
1. Verwaltung	484.822,12	439.275,78	126.964,38	1.015.062,28
2. Werbung	1.416,55	1.108,74	265,39	2.790,68
3. Nebengeschäfte	403.720,09	344.778,75	35.135,20	783.634,04
4. Gesetzliche Berufsbeiträge	9.552,-	10.271,37	2.492,49	22.315,86
5. Gesamter Versorgungsaufwand	127.773,21	134.593,45	70.927,11	303.293,77
6. Gemeinsamer Restaufwand	144.605,33	132.514,58	26.602,45	303.722,36
Geschäftsaufwand insgesamt	1.171.809,30	1.062.542,67	234.387,02	2.468.618,59
III. Finanzaufwand				
1. Gewöhnliche Abschreibungen auf Anlagesachvermögen	1.564.723,77	795.924,85	379.240,20	2.739.888,82
2. Dgl. auf Anlagewertforderung gegenüber der BG	18.457,28	-	-	18.457,28
3. Dgl. auf Hauszinssteuerabgeltung	6.564,34	14.621,12	6.384,54	27.570,-
4. Zuführung zur Rückstellung für Zahlungsausfälle	26.372,-	8.336,-	5.292,-	40.000,-
5. Nach dem AktG. ausweispl. Steuern	1.420.001,46	170.924,85	408.519,70	1.999.446,01
6. Sonstige Steuern und öffentliche Abgaben	51.413,22	52.940,21	15.697,82	120.051,25
7. Zinsaufwand	341.368,13	87.123,83	43.255,13	471.747,09
8. Abgaben an die Gemeinde (Konzessionsabgaben)	756.878,06	425.322,95	244.249,94	1.426.450,95
Finanzaufwand insgesamt	4.105.788,26	1.555.193,81	1.102.639,33	6.843.631,40
IV. Außergewöhnlicher Aufwand				
1. Außergewöhnliche Abschreibungen und Anlagesachvermögen	2.601,34	207,83	132,44	2.941,61
2. Außergewöhnliche sonstige Abschreibungen	27.069,64	-	-	27.069,64
3. Sonstiger außergewöhnlicher Aufwand	334.245,31	317.213,42	111.424,67	762.783,40
Außergewöhnlicher Aufwand insgesamt	363.916,29	317.421,25	111.557,11	792.794,65
V. Jahresgewinn für den ordentlichen Haushalt der Gemeinde				
	855.143,73	315.213,15	249.812,18	789.742,76
Insgesamt	11.475.045,12	6.224.140,79	2.346.896,89	19.846.082,80

Kiel, den 30. Juli 1946
 Stadtwerke Kiel
 gez. Ploppa

Verzeichnis

im Rechnungsjahr 1944 eingetragenen Überschreibungen
im Erfolgsplan

Konto	Bezeichnung des Kontos	Bereitgestellter Betrag	Rechnungsmaß Soll	Überschr
810/11093	Abschreibungen auf Lagerwerte	3.000,--	27.069,64	24.069,64
810/11097	Abschrbeig. auf Einnahmereste	5.000,--	40.000,--	35.000,--
811/11	Betriebsstoffe	4.151.370,--	4.354.285,67	202.915,67
811/9000	Löhne	44.300,--	185.648,11	141.348,11
811/9000	Sachkosten	86.000,--	215.269,67	129.269,67

Begründung.

Zu 810/11093:

Durch Bombenschäden wurden Lagermaterialien vernichtet. Der Verlust wurde vom Lagerkonto abgebucht und als außerordentliche Lagerabschreibung nachgewiesen. Der Betrag ist als Forderung an das Reich erneut zum Soll gestellt.

Zu 810/11097:

Die Kriegsereignisse machten es erforderlich, zur Deckung der voraussichtlichen Einnahmeausfälle einen größeren Betrag zurückzustellen, als bei der Aufstellung des Erfolgsplanes zunächst vorausgesehen werden konnte.

Zu 811/100:

Die Kosten der Stromerzeugung in der Betriebsgemeinschaft haben sich gegenüber dem Vorjahre erhöht, so daß für den Rückkauf des Stromes ein höherer Betrag aufgewandt werden mußte.

Zu 811/9000:

Die werkeigenen Ausgaben, die zur Beseitigung der Kriegsschäden entstanden sind, werden über diese Konten gebucht und vom Kriegsschädenamt erstattet. Den höheren Ausgaben stehen entsprechend höhere Einnahmen gegenüber.

Kiel, den 25. Juli 1946.

Stadtwerke Kiel

gez. Ploppa.

Hauptausschuß für die städt. Betriebe
K./M.

Kiel, den 27. August 1946

Betrifft: Übereignung des Orts-Gasrohrnetzes in Plön an die Stadt Plön.

Berichterstatter: Stadtrat R a t z .

Antrag: Zustimmung zur Übereignung des Orts-Gasrohrnetzes in Plön an die Stadt Plön.

Begründung:

Der Gaslieferungsvertrag mit der Stadt Plön sieht eine Übereignung des Ortsrohrnetzes an Plön vor, falls Plön sich zur Übernahme entschließt. Dieses vertragliche Recht hat Plön jetzt in Anspruch genommen.

Das gesamte Niederdruck-Gasrohrnetz einschl. Gasbehälter ist Plön zum Zeitwert (Stichtag 1.4.46) zu übereignen. Der Übernahmepreis beträgt 134.958,05 RM. Die bisher gezahlten Gaspreise unter Einrechnung des Kapitaldienstes für das Ortsrohrnetz werden von Plön vorläufig weiterbezahlt, bis die Gesamtlage, insbesondere auf dem Kohlenmarkt, die Festlegung neuer Gaspreise zuläßt.

Als Ausgleich zahlt Kiel an Plön den eingesparten Kapitaldienst in Höhe von 13.767,05 RM jährlich. Diese Regelung gilt jedoch längstens bis 3 Jahre nach Übernahme des Rohrnetzes durch Plön.

Die jährliche Gasabnahme beträgt z.Zt. etwa 360 000 cbm.

Die Einnahme etwa	41.472,--	RM
abzüglich Kapitaldienst	13.767,--	RM
bleibt	<u>27.705,--</u>	RM

Mittelpreis: $\frac{27.705}{360.000} = \underline{\underline{7.7 \text{ Pfg/cbm.}}}$

R a t z
Stadtrat

Betrifft: Einrichtung einer Tbc-Heilstätte in dem bisherigen Hilfskrankenhaus Schönhagen.

Berichterstatter: Stadtrat Dr. D e u s s e n .

Antrag: Der Einrichtung des Heimes für zunächst 100 Kinder und seiner Belegung ab 11.9. zuzustimmen. Die Mittel stehen bei dem Haushaltsunterabschnitt 521 - Erholungsheime - nach der am 1.8.46 erfolgten Auflösung des Mütter- und Säuglingsheims der Stadt Kiel zur Verfügung.

Begründung:

Durch die in jeder Weise unzureichenden Wohnraum- und Ernährungsverhältnisse - deren Auswirkung sich jetzt erst in den Anfängen zeigen - hat die Volksschau der Tbc. vor allem bei den Kindern einen außerordentlich bedrohlichen Charakter angenommen.

Nach der beiliegenden Zusammenstellung an Neuzugängen der städt. Tbc.-Fürsorgestelle ist die Zahl der Tbc.-Erkrankungen an Kindern von insgesamt 293 Fällen Ende Dezember 1945 in 8 Monaten auf 941 Krankheitsfälle angestiegen, hat somit in der verhältnismäßig kurzen Zeit eine Steigerung um rund 220% erfahren. Mit einem ständig steigenden monatlichen Zugang ist zu rechnen.

Gegenmaßnahmen sind dringend erforderlich.

Die Stadt Kiel hat hierfür bisher lediglich die Tbc.-Heilstätte Wyk auf Föhr zur Verfügung, die vor kurzem von 32 auf 52 Betten vergrößert werden konnte, deren Fassungsvermögen jedoch damit erschöpft ist.

Nach Auflösung des Hilfskrankenhauses Schönhagen zum 1.9.46 steht nunmehr ein Objekt zur Verfügung, das infolge seiner Lage fast unmittelbar an der Ostsee und seiner guten Unterbringungsmöglichkeit für rund 100 Kinder für die Einrichtung einer weiteren Tbc.-Heilstätte hervorragend geeignet ist und bereits als stadteigenes Landschulheim der Hebbelschule ständig ausgezeichnete Kur-erfolge zu verzeichnen hatte.

Der Hauptausschuß für das Gesundheitswesen hat daher am 6.8. beschlossen, das bisherige Hilfskrankenhaus Schönhagen nach Räumung als Tbc.-Heilstätte einzurichten.

Die Räumung ist inzwischen durchgeführt.

Es wird daher beantragt, diesem Beschluß zuzustimmen, mit Rücksicht auf die Notwendigkeit schneller Maßnahmen die Belegung ab 11. September 1946 zu genehmigen und die erforderlichen Mittel gemäß anliegendem Kostenanschlag aus den bei dem Haushaltsabschnitt 521 - Erholungsheime - nach Auflösung des Mütter- und Säuglingsheims der Stadt Kiel zur Verfügung stehenden Beträgen bereitzustellen; die dadurch eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Verwendung finden würden.

Dr. D e u s s e n ,
Stadtrat.

Kiel, den 17. September 1946.

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister

Betrifft: Mitglieder für Beratungsausschüsse beim Arbeitsamt.
Berichterstatter: Oberbürgermeister Koch.
Antrag: Zustimmung zu den Vorschlägen.

Begründung:

Die Alliierte Kontrollbehörde hat die Einrichtung von Beratungsausschüssen bei den Arbeitsämtern und Landesarbeitsämtern beschlossen. Gemäß Direktiva Nr. 29 sollen diese Ausschüsse die Arbeitsämter in allen einschlägigen Fragen beraten. Sie sollen aus Vertretern der Arbeiter und Angestellten sowie der Arbeitgeber und gewisser öffentlicher Körperschaften gebildet werden. Die Stadt Kiel soll nach einer Mitteilung des Arbeitsamtes als öffentliche Körperschaft anteilmäßig vertreten sein und 3 Mitglieder und 3 Vertreter namhaft machen. Als Mitglieder und Vertreter werden folgende Ratsherren vorgeschlagen:

Mitglieder:

- ✓ Ratsherr Hans Schröder (SPD)
- ✓ Ratsherr Robert Schweim (CDU)
- ✓ Ratsherr Alois Schlichting (KPD)

Vertreter:

- ✓ Ratsherr Max Schmidt (SPD)
- ✓ Ratsherr Wolfgang Hombrecher (CDU)
- ✓ Ratsherrin Hedwig Jung (KPD).

K o c h .

Kiel, den 17. September 1946.

Stadt Kiel

Oberbürgermeister

Betrifft: Neu- und Umbesetzung von Ausschüssen.Berichterstatter: Oberbürgermeister Koch.Antrag: Zustimmung zu den VorschlägenZu 4d/ Registrierungsausschuß für nichtlandwirtschaftliche Pferde:

Ausgeschieden: Landwirt Jürs, Schabstraße 21 (KPD)

Neu: Fuhrunternehmer Karl Albertz, Krausstr. 5 (KPD)

Zu 13b: Fachausschuß für Arbeitsersatz:

Ausgeschieden: Kaufmann Walter Leopold (CDU)

Neu: Dr. Karl Gläser, Alte Lübecker Chaussee 22 (CDU)

Zu E 0: Entnazifizierungsausschuß:

Ausgeschieden: Rechtsanwalt Dr. Max Emcke (CDU)

Neu: Elektromeister Hermann Sager, Wilhelminenstraße 13 (CDU)

Zu E1: Entnazifizierungsausschuß öffentl. u. halböffentliche Verwaltung:

Ausgeschieden: Ratsherr Gustav Schatz (SPD)

Neu: Maler Emil Reimer, Kirchenweg 7 (ADGB)

Neuer Vorsitzender: Ing. Karl v. Seydlitz, Gellertstr. 22 (SPD)

Zu E2: Entnazifizierungsausschuß Industrie:

Ausgeschieden: Ratsherr Hans Schröder (SPD)

Neu: Mechaniker Helmut Dirschatschke, Weddigenring 49 (ADGB)

Neuer Vorsitzender: Ratsherr Fritz Book, Jeßstr. 22 (SPD)

Zu E3: Entnazifizierungsausschuß gewerbl. Wirtschaft:

Neu: Polier Wilhelm Tott, Jungmannstr. 66 (ADGB)

Zu E4: Entnazifizierungsausschuß Groß-u. Kleinhandel:

Neu: Friedrich Wittkamm, Wrangelstr. 38 (ADGB)

Zu E5: Entnazifizierungsausschuß Banken u. Kreditwesen:

Neu: Lagerist Friedrich Brandt, Weddigenring 31 (ADGB)

Zu E6: Entnazifizierungsausschuß Landwirtschaft:

Neu: Dreher Adolf Starke, Samwerstr. 34 (ADGB)

Zu E7: Entnazifizierungsausschuß freie Berufe:

Ausgeschieden: Rechtsanwalt Dr. Emcke (CDU)

Neu: Dreher Adolf Griebel, Weddigenring 27 (ADGB)

Neuer Vorsitzender: Ratsherr Rudolf Gottschalk, Fröbelstr. 30 (SPD)

Zu E8: Entnazifizierungsausschuß Vereine:

Neu: Zimmermann Albert Wulff, v.d.Horststr.8 (ADGB)

Zu E9: Entnazifizierungsausschuß Erziehungs-u.Bildungswesen:

Neu: Mechaniker August Klement, Kleiststr. 54 (ADGB).

K o c h .

Stadt K i e l

- Der Oberbürgermeister -

Kiel, den 17. September 1946

Drucksache 35

Betrifft: Kreislizenzausschuß.

Berichterstatter: Oberbürgermeister.

Antrag: Zustimmung zu den Vorschlägen.

Begründung.

Gemäß Anordnung der Militärregierung vom 29.7.46 sollen Kreis-
lizenzausschüsse für die Fahrbereitschaft bzw. das Straßenver-
kehrsamt gebildet werden. Der Ausschuß für den Stadtkreis Kiel
ist ein Unterausschuß der Stadtvertretung und in ihm sollen
neben Mitgliedern der Stadtvertretung solche aus den Kreisen
des Handels, der Industrie und der Wohlfahrt vertreten sein.
Die Höchstzahl der Mitglieder beträgt 7. Aufgabe des Ausschusses
wird es sein, die Unparteilichkeit zu sichern und Einmann-Ent-
scheidungen des Straßenverkehrsamtes durch diese demokratische
Einrichtung zu verhindern. Wenn auch das Straßenverkehrsamt
nicht an die Entscheidungen des Ausschusses gebunden ist, so
hat es doch im Falle der Ablehnung eines Beschlusses des Aus-
schusses der Militär-Regierung Bericht zuerstatten.

Es wird vorgeschlagen, den Ausschuß wie folgt zusammenzusetzen:

Stadtrat	✓	Schwartz,
Ratsherr	✓	Kletscher,
"	✓	Einfeldt,
"	✓	Schmidt.

Für die Industrie und Handelskammer:	✓	Herr Planbeck,
Für die Handwerkskammer:	✓	Herr Hinrichs,
für die Gewerkschaften:	✓	Stadtrat Schlarbaum.

Der Oberbürgermeister

Koch.

Der Oberbürgermeister

— Kriegsschädenamt —

Kiel, den 194

Abt.

Akten-Nr.

An

.....

.....

G. Z. U.

Auf die von Ihnen beantragte Entschädigung für Kriegsschäden an

.....

.....

bewillige ich Ihnen gemäß § 20 — § 26 — der Kriegssachschädenverordnung vom 30.11.1940
(RGBl. I S. 1547) eine Vorauszahlung in Höhe von

RM

in Worten:

Die Stadthauptkasse ist angewiesen worden, diesen Betrag an

auszuzahlen.

Der Betrag wird auf die endgültig festzustellende Entschädigung angerechnet. Er ist ganz
oder teilweise zurückzuzahlen, wenn sich ergeben sollte, daß Ihnen eine Entschädigung
nicht oder nicht bis zur Höhe der Vorauszahlung zusteht.

Im Auftrage

Abschrift.

Antrag:

- 1.) Die Ratsversammlung billigt die Stellungnahme des Ausschusses des Strassen u. Verkehrsamtes, der seine Arbeiten eingestellt hat, weil das Hauptamt in vielen Fällen die Beschlüsse des Ausschusses aufhebt.
- 2.) Die Ratsversammlung setzt einen Untersuchungsausschuss von 3 Ratsherren ein, der die Treibstoffzuteilung und die in keinem Verhältnis hierzu stehenden abgelieferten Mengen an Fischen überprüft.

Stadtrat Schlarbaum

Kiel, den 19. Sept. 1946

Auftrag:

1.) Die Ratversammlung billigt die
Stellungsnahme des Präsidenten
des Gräfens Verkehrsvereins, ~~in dem~~
~~der~~ ^{der} seine Arbeiten ange-
stellt hat, ~~wo es möglich ist,~~
~~was~~ das Hauptamt in vielen
Fällen die Besetzung des Prä-
sidenten aufhebt -

2.) Die Ratversammlung setzt
einen Untersuchungsausschuß
von 3 Personen Ratsherren ein,
der die Freischaffenteilung
und die in keinem Verhältnis
stehenden abgelieferten Mengen
an Finken überprüft -

Hanns J. Harbauer

Kiel, den 19. Sept. 1946

N i e d e r s c h r i f t

Über die Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag,
dem 19. September 1946, 16 Uhr im Rathaus, Ratssaal.

- - - - -

Anwesend: Oberbürgermeister K o c h ,
Bürgermeister G a y k ,
Ratsherren Behnke, Book, Brede, Breitenstein,
Burmester, Dr. Deussen, Dobrats, Einfeldt, Engel,
Gottschalk, Hombrecher, Jung, Karge, Kintzinger,
Kletscher, Kowalewsky, Kossack, Krautwurst, Dr. Nielsen,
Neubauer, Oertel, Frey, Ratz, Roestel, Schweim,
Stoffers, Schatz, Schmidt, Schröder, Schwartz, Stade,
Schlarbaum, Schlichting, Völker, Wittmaack,
Oberstadtdirektor L e h m k u h l ,
Oberverwaltungsrat P a u l s e n .

Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung um 16²⁰ Uhr.

Die Stadtvertretung genehmigt das Protokoll der Ratsversammlung vom 14. August 1946 ohne Abänderungen. Die den Ratsherren zugeleitete Tagesordnung wird genehmigt.

1. Betrifft: Nachträgliche Zustimmung zu einer Verpflichtungserklärung gemäß § 54 Abs. I DGO - Drs. 23.

Berichterstatter: Oberbürgermeister K o c h .

Antrag: Die durch Oberbürgermeister und Bürgermeister mit Schreiben vom 16. August 1946 eingegangene Verpflichtungserklärung betr. Herstellung von Anschlüssen für Licht-, Gas- und Wasserversorgung für 3 Baracken des kirchlichen Hilfswerkes der Schweiz zu billigen.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Drs. 23) vor.

Beschluss:

Einstimmig angenommen.

2. Betrifft: Bericht über die Genehmigungsverfahren und Schwierigkeiten bei Strasseninstandsetzungs- und Unterhaltungsarbeiten

Berichterstatter: Bürgermeister G a y k .

Antrag: Kenntnisnahme.

Bürgermeister G a y k verweist auf die den Ratsherren zugestellte Anlage und führt erläuternd dazu aus, dass auf diesem Gebiet zu dem Thema Selbstverwaltung sehr wesentliche Illustrationen gegeben werden können. Die Strassenverkehrsdirektion stelle eine Sonderverwaltung dar, von Bielefeld ergingen die Anweisungen und die Selbstverwaltung hätte das Vergnügen, das, was dort angeordnet würde, durchzuführen und dafür die Verantwortung zu tragen. Wir sehen also immer wieder ein Zerrbild der Demokratie. Die Formen, die die Verwaltung angenommen hat, sind unerträglich geworden. Im Bauwesen gibt es beispielsweise 34 Bedarfsträger, die jeder von einem Branchenoffizier verwaltet werden. Diese raufen sich um das vorhandene geringe Material und das Ergebnis dieses Durcheinanders ist dann erschreckend. Es besteht keine Möglichkeit eine Abtufung nach Dringlichkeit vorzunehmen. Die bisher eingesetzte Vertretung hat zwar alles versucht, um gegen diese Mißstände Front zu machen, doch ist wohl erst bei einer gewählten Vertretung

zu hoffen, dass die Selbstverwaltung endgültig zu ihrem Recht kommt. Ratsherr Kletscher wendet sich gleichfalls gegen die herrschenden Mißstände und betont, dass der zuständigen Kommission keine Möglichkeiten gegeben sind, die Strassen in Ordnung zu bringen, weil alle Maßnahmen an den Sonderverwaltungen scheitern. Insbesondere ist es unmöglich, Material zu beschaffen, da in Bielefeld doch stets anders entschieden würde. Ratsherr Kletscher fordert für die Selbstverwaltung die politische Verantwortung.

Bürgermeister G a y k verweist auf den Fall Lesehalle Thaulow-Museum. Die städtischen Fachbeamten haben festgestellt, dass das Thaulow-Museum eine ausgezeichnete Möglichkeit zur Einrichtung einer Lesehalle bietet. Die Militärregierung hat nunmehr veranlaßt, dass eine Baracke in der Nähe des Rathauses zur Verschönerung des Stadtbildes aufgeschlagen wird. Die Stadtvertretung hat keinerlei Einfluss auf diese Angelegenheit. Ratsherr O e r t e l erklärt, dass das Wohl und Wehe der Stadt davon abhängt, dass die Beschlüsse der Stadtvertretung als solche gewertet und durchgesetzt werden können. Die Stadtvertretung müsse selbständig Beschlüsse fassen und nicht fortwährend gegängelt werden. Er fordert energisches Auftreten gegenüber der Militärregierung. Oberbürgermeister betont, dass der die Forderung vertreten worden sei. Die Schwierigkeiten entstanden insbesondere bei den Branchenschätzern.

Beschluss:

Kenntnis genommen.

5. Betrifft: Fortführung des Vorschusskontos II K. Drs.25.

Berichterstatter: Stadtrat B r e i t e n s t e i n .

Antrag: Zustimmung, dass das Vorschusskonto II K bis zur endgültigen Regelung über die Bereitstellung der für die Beseitigung der stadteigenen Kriegsschäden erforderlichen Mittel im ordentlichen Haushaltsplan fortgeführt wird.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Drs.25) vor.

Beschluss:

Einstimmig angenommen.

4. Betrifft: Fernsprechanlage für das Rathaus.

Berichterstatter: Oberbürgermeister K o c h .

Antrag: Erhöhung der Haushaltsstelle 001/902 - Ein- und Ausbau von Fernsprechanlagen - von 50.000 RM auf 100.000 RM. Die fehlenden 50.000 RM sind Vorbehaltsmitteln zu entnehmen.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Drs.26) vor.

Beschluss:

Einstimmig angenommen.

5. Betrifft: Organisationsprüfung der Stadtverwaltung.

Berichterstatter: Oberbürgermeister K o c h .

Antrag: Bereitstellung von 6000.- RM als Vorbehaltsmitteln für die neu einzurichtende Haushaltsstelle 001/65 1 - Organisationsprüfung der Stadtverwaltung -

Oberbürgermeister verweist auf die Vorlage (Drs.27).

Auf Wunsch der Ratsversammlung wird Oberstadtdirektor zu der Gelegenheit befragt und gibt Erläuterungen.

Beschluss:

Einstimmig angenommen.

6. Betrifft: Finanzierung der laufenden Verbindlichkeiten und der in den Finanzplan aufzunehmenden Bauvorhaben der Stadtwerke.

Berichterstatter: Stadtrat R a t z .

Antrag: Zustimmung zur Aufnahme

- a) eines kurzfristigen Kredits von 2 000 000 RM bei der Stadthauptkasse zur Deckung der laufenden Verbindlichkeiten der Erfolgs- und Vermögensrechnung,
- b) eines kurzfristigen Kredits von 1 000 000 RM zur Finanzierung von Erneuerungen und Erweiterungen im Zuge des Wiederaufbaues der Werke.

Die Verzinsung erfolgt nach den für die Debitsinsen der Kieler Spar- und Leihkasse jeweils geltenden Sätzen.

Berichterstatter verweist auf die Vorlage (Drs. 28) die den Ratsherren rechtzeitig zugegangen ist.

Beschluss:

Einstimmig angenommen.

7. Betrifft: Jahresabschluss 1944/45.

Berichterstatter: Stadtrat R a t z .

Antrag: 1. Festsetzung der Jahresbilanz und Jahreserfolgsrechnung für das Jahr 1944/45 gemäß § 21 Eigenbetriebsverordnung.

2. Zustimmung zur Abführung des ausgewiesenen Jahresgewinns in Höhe von 789.742,76 RM an die Kammerverwaltung zur Verzinsung des Eigenkapitals.

3. Genehmigung zur Überschreitung des Bewilligungssolls des Erfolgsplans.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Drs. 29) vor und führt unter Hinweis auf die Erläuterungen im Geschäftsbericht aus, dass in dem Rechnungsjahr 1944/45 8 Millionen RM Kriegsschäden bei den Stadtwerken entstanden sind. Die Gesamtkriegsschäden bei den Stadtwerken betragen 29 Millionen RM, von denen bisher 12 Millionen bezahlt wurden.

Beschluss:

Einstimmig angenommen.

8. Betrifft: Übereignung des Orts-Gasrohrnetzes in Plön an die Stadt Plön.

Berichterstatter: Stadtrat R a t z .

Antrag: Zustimmung zur Übereignung des Orts-Gasrohrnetzes in Plön an die Stadt Plön.

Stadtrat R a t z trägt anhand der Anlage (Drs. 30) vor.

Beschluss:

Einstimmig angenommen.

9. Betrifft: Einrichtung einer Fbo-Heilstätte in dem bisherigen Hilfskrankenhaus Schönhagen.

Berichterstatter: Stadtrat Dr. D e u s s e n .

Antrag: Der Einrichtung des Heimes für zunächst 100 Kinder und seiner Belegung ab 11.9. zuzustimmen. Die Mittel stehen bei dem Haushaltsunterabschnitt 521 - Erholungsheime - nach der am 1.8.1946 erfolgten Auflösung des Mütter- und Säuglingsheims der Stadt Kiel zur Verfügung.

Berichterstatter trägt anhand der Vorlage (Drs. 32) vor.

Ratsherren Binfeldt und Schweim sprechen ihre Verwunderung darüber aus, dass seitens des Hauptausschusses für Gesundheitswesen die Vorlage erst jetzt der Stadtvertretung zugegangen ist, nachdem die Arbeiten im Hilfskrankenhaus Schönhagen bereits in Angriff genommen worden sind. Ratsherr Schweim ist im übrigen der Meinung, dass das Hilfskrankenhaus Schönhagen infolge seiner Lage für Tbc-Kranke nicht geeignet ist. Die klimatischen Verhältnisse wie auch das Fehlen von Waldungen würden sich nicht günstig auf die Gesundheit auswirken. Stadtrat Dr. Deussen erklärt, dass eine fachärztliche Prüfung vorgenommen ist, im übrigen kann die Stadt nur auf dieses ohne Heim zurückgreifen. Er bedauert, dass die Vorlage an die Stadtvertretung nicht rechtzeitig erfolgt ist.

Ratsherr Hombrecht beanstandet gleichfalls die zu späte Vorlage.

Bürgermeister Gayk betont, dass auf Grund einer ~~Vorbereitung~~ der Bürgermeister die Vorlage überhaupt erst erfolgte.

Ratsherr Gottschalk fragt an, ob bei Kindern an eine Heilung oder Besserung in der Zeit von 3 - 6 Monaten gedacht werden kann.

Stadtrat Dr. Deussen erklärt, dass bei Erwachsenen etw. 50% geheilt werden. Die Heilungsvorgänge dauern mehrere Jahre. Die Besserung und Heilung der Krankheit bei Kindern geht schneller vor sich.

Beschluss:

Vorlage wird einstimmig angenommen.

10. Betrifft: Mitglieder für Beratungsausschüsse beim Arbeitsamt.
Berichterstatter: Oberbürgermeister Koch.
Antrag: Zustimmung zu den Vorschlägen.

Oberbürgermeister trägt anhand der Vorlage (Drs. 37) vor.

Beschluss:

Einstimmig angenommen.

11. Betrifft: Red- und Umbesetzung von Ausschüssen.
Berichterstatter: Oberbürgermeister Koch.
Antrag: Zustimmung zu den Vorschlägen.

Oberbürgermeister trägt anhand der Vorlage (Drs. 36) vor.

Er erklärt, dass durch das Ausscheiden von Rechtsanwalt Dr. Encke aus dem Entnazifizierungsausschuss "Freie Berufe" kein Vertreter der CDU mehr vorhanden ist. Ratsherr Ehatz erläutert, dass in den Ausschüssen 3 Vertreter der Parteien und ein Vertreter der Gewerkschaften, zu denen dann später noch ein weiteres Gewerkschaftsmitglied trat, vorhanden sein sollen. Auch ist er der Meinung, dass ein Mitglied der CDU für den Entnazifizierungsausschuss "Freie Berufe" bestellt werden muss.

Beschluss:

Den Vorschlägen wird zugestimmt mit der Maßgabe, dass für den Entnazifizierungsausschuss "Freie Berufe" von der CDU noch ein Mitglied benannt wird.

12. Betrifft: Kreislicenzsausschuss.
Berichterstatter: Oberbürgermeister Koch.
Antrag: Zustimmung zu den Vorschlägen.

Oberbürgermeister trägt anhand der Vorlage (Drs. 35) vor und erklärt, er habe soeben Mitteilung bekommen, dass der bisher beim Strassenverkehrsamt antizierende Ausschuss wegen erheblicher Differenzen mit der Verwaltung seine Tätigkeit eingestellt hat. Er verliest einen Antrag von Stadtrat Schlarbaum (Anlage 13).

Stadtrat S c h l a r b a u m bittet die Stadtvertretung Punkt 1 seines Antrages zu billigen und macht zu Punkt 2 bemerkenswerte Ausführungen über die Treibstofflage.

Es sind Fälle festgestellt worden, dass Fischer 987 kg Treibstoff bzw. 5442 kg Treibstoff erhielten und dafür lediglich 30 kg bzw. 1641 kg Fische abliefern. In einem Falle ist ein Fischer mit 3899 kg Treibstoff beliefert worden und hat ganze 726 kg Fische zur Ablieferung gebracht. Nicht alle Fischer handeln so. Er zeigt einen Fall auf, in dem ein Fischer 3175 kg Treibstoff erhalten hat und dafür 13 180 kg Fische auf den Markt brachte. Im Durchschnitt gesehen kosten uns $3/4$ kg Fische bei den derzeitigen unerträglichen Zuständen 1 kg Treibstoff. Das ist ein ganz unübliches Verhältnis. Es muss hier unbedingt eingegriffen werden. Der Angelegenheit müssen wir auf den Grund gehen. Stadtrat S c h l a r b a u m bittet, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der die Angelegenheit aufklärt.

Bürgermeister G a y k fragt an, ob zwischen dem Leiter des See-Vorratslagers und dem Leiter des Strassenverkehrsamt^{es} ein verwandtschaftliches Verhältnis besteht.

Oberverwaltungsrat P a u l s e n teilt mit, dass die beiden Herren Schul- und Kriegskameraden sind. Es wird festgestellt, dass das See-Vorratslager, obwohl es kaum die Hälfte der Belegschaft der Howaldtswerke hat, eine erheblich grössere Anzahl von Kraftwagen und Kraftträdern als die Howaldtswerke sugebilligt erhalten hat.

Bürgermeister G a y k macht den Vorschlag, Kreislicenzsausschuss und Untersuchungsausschuss mit denselben Personen zu besetzen.

Stadtrat S c h w a r t z macht Ausführungen über die Verteilung von Treibstoffen. Das Strassenverkehrsamt ist zuständig für die Verteilung und das Wirtschaftsamt hat darn das "Recht", die entsprechenden Bezugscheine auszugeben für die Mengen, die das Strassenverkehrsamt festsetzt.

Ratsherr K l e t s c h e r führt Klage über die Brennstoffverteilung durch das Strassenverkehrsamt an die Kohlenhändler. Während im April noch 52 000 l Benzin und 18 000 l Dieseltreibstoff ausgegeben wurden, erhalten die Händler jetzt nur 33 600 l Benzin und 13 800 l Dieseltreibstoff. 55 Fahrzeuge liegen wegen Treibstoffmangel still. Wenn keine Treibstoffverteilungen erfolgen, ist nicht damit zu rechnen, dass auch nur der Brennstoff für Kochzwecke herangeschafft wird.

Ratsherr E i n f e l d t setzt sich dafür ein, dass die Stadt Kiel den Treibstoff in Zukunft verteilt und das Strassenverkehrsamt sich lediglich an Einvernehmen mit dem Lizenzsausschuss mit der Vergebung der Permits befasst. Es ist eigenartig, dass die Fuhrunternehmer ständig Treibstoff haben.

Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt dem Vorschlag zur Besetzung eines Lizenzsausschusses zu. Dieselben Personen bilden einen Untersuchungsausschuss, der sich mit der Frage der Treibstoffverteilung und Fischablieferung befassen wird.

13. Ratsherr S c h a t z fragt an, wie weit die Besprechungen in Bezug auf die Versorgung der Bevölkerung mit Brennstoffen gediehen sind.

Oberstadtdirektor gibt bekannt, dass die katastrophale Brennstofflage Kiels verschiedentlich Gegenstand von Besprechungen mit Herrn Capt. G o w i e gewesen ist.

Nachdem Ratsherr S c h a t z festgestellt hat, dass eine Katastrophe bevorsteht, wenn mit einem Entgegenkommen der Militärregierung nicht zu rechnen ist, erklärt Oberbürgermeister, dass diese den Bürgermeistern immer wieder versichert habe, dass feste Brennstoffe kommen würden. Bürgermeister G a y k erklärt, dass die Vorstellungen, die die Bürgermeister gegenüber der Militärregierung erhoben haben, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig liessen.

Oberbürgermeister schliesst die Sitzung um 18⁰⁰ Uhr.

Hunkel
Oberstadtdirektor.

Keine Einwendungen.

[Signature]
Oberbürgermeister.

[Signature]
Bürgermeister.

Kiel, den 26. Sept. 1946

I Auszüge aus der Niederschrift über die Sitzung der
Stadtvertretung am Donnerstag, dem 19. September 1946,
16 Uhr im Rathaus, Ratssaal, erhalten:

- Von Punkt 1 der Tagesordnung: Das Hauptamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- Von Punkt 2 der Tagesordnung: Das Stadtbauamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- Von Punkt 3 der Tagesordnung: a) Das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
b) Das Rechnungsprüfungsamt
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Von Punkt 4 der Tagesordnung: a) Das Hauptamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
b) Das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Von Punkt 5 der Tagesordnung: a) Das Hauptamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung.
b) Das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Von Punkt 6 der Tagesordnung: a) Die Stadtwerke
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
b) Das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Von Punkt 7 der Tagesordnung: a) Die Stadtwerke
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
b) Das Rechnungsprüfungsamt
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Von Punkt 8 der Tagesordnung: Die Stadtwerke
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
- Von Punkt 9 der Tagesordnung: a) Das Gesundheitsamt
h i e r
mit der Bitte um weitere Veranlassung
b) Das Kämmereiamt
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
c) Das Rechnungsprüfungsamt
h i e r
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
- Von Punkt 10 der Tagesordnung: Das Ratsamt
h i e r

mit.

ab 27.9.

✓ Von Punkt 11 der Tagesordnung:

mit der Bitte um weitere Veranlassung

Das Hauptamt

hier

mit der Bitte um weitere Veranlassung

✓ Von Punkt 12 der Tagesordnung:

Das Hauptamt

hier

mit der Bitte um weitere Veranlassung

✓ Von Punkt 13 der Tagesordnung:

Das Stadtwirtschaftsamt

hier

mit der Bitte um weitere Veranlassung

II. Zu den Akten.

Der Oberstadtdirektor.

702
H